

Saale-Beitung.

Sachkundigsteiger Jahrgang.

Werden die Spalten...

Erhalten täglich...

Redaktion und Haupt-Verwaltung...

Nr. 72.

Halle a. S., Dienstag, den 13. Februar.

1912.

Mb. Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

12. Sitzung. Montag, 12. Februar.

Am Ministertisch: Holz.

Das Haus ist sehr früh besetzt.

Präsident Herr v. Erffa eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Zur Verhandlung steht zunächst die Interpellation Engelmann (Natl.), die die Regierung fragt, ob sie den Wägen im Eisenbahnverkehr...

Mb. Engelmann (Natl.)

bezieht die Interpellation. Das Weiniße 1911 ist für die Wägen im großen und ganzen gut gewesen. Der Landwirt an der Spitze ist aber durch Angehöriger schwer geschädigt worden...

Unterstaatssekretär Holz:

Wir haben eingehende Ermittlungen über die Schäden anstellen lassen. Es sind auch solche in großem Umfang festgestellt. Wir werden auch Entschädigungen erwirken...

Mb. Behn (Sentr.)

beantworte die Frage der Interpellation mit Überweisung der Interpellation an die Budgetkommission.

Mb. Dr. Grüner-Hagen (Wp.)

erklärt sich mit den Ausführungen des Regierungsvertreters nicht einverstanden. Die erwähnte Praxis der Regierung...

Mb. Dr. Hoffmann (Soz.)

schließt sich den Rednern an.

Mb. Engelmann (Natl.)

betont nochmals, wie dringend notwendig es sei, die Untersuchungen in allen Fällen zu beschleunigen.

Preussisch-Sächsischer Klassenlotterie.

(1. Lesung)

Finanzminister Dr. Lentze:

Nachdem Preußen mit einer Reihe anderer Bundesstaaten Klassenlotterien abgeschlossen hat, sind im vorigen Jahre auch die beiden großen sächsischen Bundesstaaten Bayern, Württemberg und Baden wegen Abschlusses eines Lotterievertrages an Preußen herangetreten...

Mb. Dr. v. Arnim-Jüdelom (Konsf.)

Der Landwirtschafliche Verband ist mit der Zeit außerordentlich schwächer geworden. So viel man darauf dringen muß, den Lotterievertrag mit Preußen abzubrechen...

Mb. v. Woyzna (Freisont.)

Die Landwirtschaftsverwaltung stellt vor Aufgaben von so großer Bedeutung, wie bisher noch nie zuvor. Eins der wichtigsten Gesetze betrifft die Einführung des Grundbesitzes...

Mb. König (Sentr.)

spricht sich für die Annahme der Vorlage aus. Die Lotterie ist eines der besten Mittel, aber leider immer noch ein notwendiges Übel...

Mb. Dr. Krenbi (Freisont.)

Wenn wir uns vor einem Vierteljahrhundert der Hoffnung hingeben, die einschlägigen Lotterien ganz aufheben zu können, um an deren Stelle eine Reichssteuer einzuführen...

Mb. Rosenow (Wp.)

Die Staatlotterien sind durchaus kein notwendiges Übel. Man könnte wohl ohne Lotterien auskommen. Dieser Vertrag ist mit großem Geschick abgeschlossen...

Generaldirektor der Lotterieverwaltung Dr. v. Weizsäcker:

Für die Aufstellung von Lotterieverträgen kommen erstens Kaufleute in Frage, die einen guten Ruf und eine gewisse Wohlhabenheit wegen Stellung der Kautions haben müssen...

Mb. Hoffmann (Soz.)

Wir werden gegen den Vertrag stimmen. Es handelt sich für die preussische Lotterie um eine Summe von 25 Millionen...

Mb. Winkler (Konsf.)

Meine politischen Freunde werden dem Vertrage zustimmen.

Mb. Dr. Krenbi (Freisont.)

Der Hr. Hoffmann möchte ich darauf hinweisen, daß die preussische Lotterie 12 Millionen bringt und daß das Reich vom Stempel 24 Millionen einnimmt...

Mb. Hoffmann (Soz.)

Das war bei mir nur ein falscher Augenblick.

Mb. Dr. Krenbi (Freisont.)

Dieser falsche Augenblick ist aber bei Ihnen mehrmals eingetreten. Weitererlei.

Landwirtschaftsrat.

Die zweite Lesung des Landwirtschaftsrats wird fortgesetzt mit der allgemeinen Aussprache beim Titel „Ministergehalt“.

Mb. v. Arnim-Jüdelom (Konsf.)

Der Landwirtschafliche Verband ist mit der Zeit außerordentlich schwächer geworden. So viel man darauf dringen muß, den Lotterievertrag mit Preußen abzubrechen...

Mb. Wollendorf (Sentr.)

bezeugt den Ankauf belgischer Densche durch die Geistesverwaltung und die starke Einfuhr ausländischer Weines.

Mb. v. Woyzna (Freisont.)

Die Landwirtschaftsverwaltung stellt vor Aufgaben von so großer Bedeutung, wie bisher noch nie zuvor. Eins der wichtigsten Gesetze betrifft die Einführung des Grundbesitzes...

Mb. Reimer (Soz.)

Aus der Debatte kann man das erfreuliche Resultat ablesen, daß durch die Einfuhr von ausländischem Vieh die Euckenangelegenheit im geringsten erhört wird.

Mb. Gerhardt (Sentr.)

fordert Maßnahmen zur Entschärfung des ländlichen Grundbesitzes.

Mb. v. Arnim-Jüdelom (Konsf.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die allgemeine Vernehmung schließt.

Der Titel „Ministergehalt“ wird genehmigt, ebenso eine Reihe weiterer Titel, zu denen Verordnungen nicht vorliegen.

Die nächste Sitzung: Dienstag 13 Uhr: Landwirtschaftsrat, Geistesrat.

Stimm 5 1/2 %

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120213010/fragment/page=0001



# Eine neue Verwirrung im Reichstag.

Geb. Rat Paasche legt sein Amt als 2. Vizepräsident nieder! — Prinz Schönauich lehnt es ab, in das Präsidium einzutreten!

Das Tobwachen im Deutschen Reichstag wird zum Gaudium der höhnlichenden Rechten jede Stunde ärger und damit die Blamage vor dem Auslande jeden Tag größer. Während es gestern vormittag noch schien, als ob Nationalliberale und Fortschrittler in Konsequenz ihrer Haltung am ersten Wahltag auch bei der heutigen Präsidentenwahl geschlossenen Vorgehen würden, hat sich nachmittags — anscheinend infolge eines Druckes der in Berlin versammelten national-liberalen Vertrauensmänner aus dem Reiche, denen die sehr vernünftige Karole Wessermans ein Dorn im Auge war — ein Umwälzung in der Stimmung der Fraktion vollzogen, gegen den Die um Wassermann in der Minderheitsliste. Es scheint, daß die Hilfstruppen, die Herr Schiffer zur Vertiefung aus dem Abgeordnetenhaus heranzöge, jene Truppen, die es als ein crimen laesae majestatis ansehen, daß ein Sozialdemokrat Vizepräsident geworden war, den Ausschlag gaben für den Beschluß der Fraktion, sich an der bevorstehenden Präsidentenwahl nicht zu beteiligen.

Unter Depeschenbureau verbreitet über die Situation — so, wie sie sich nunmehr gestaltet hat — folgende Mitteilung: HTB, Berlin, 12. Febr., abends. (Priv. Tel.)

Das Ergebnis der Beratungen der Fraktion der national-liberalen Partei, die infolge der großen Anzahl neugewählter Mitglieder ein lebhaftes Hin und Her der Meinungen zeitigte, gipfelt in dem Beschluß, daß der Abg. Scheimrat Paasche auf sein Amt als 2. Vizepräsident verzichtet und daß die Partei überhaupt ablehnt, in das Präsidium einzutreten. Der Abg. Prinz Schönauich-Carolath hat unter diesen Umständen ebenfalls darauf verzichtet, sich für den Posten des Präsidenten wählen zu lassen. Die Erklärung der national-liberalen Reichstagsfraktion lautet:

Die national-liberale Fraktion ist bei der Frage des Reichstagspräsidiums von vornherein darauf ausgegangen, daß sie weder ausschließlich mit der Linken noch auch ausschließlich mit der Rechten ein Präsidium bilden könne. Diejem Standpunkt entsprechend ist ein Präsidium gewählt worden, daß nach Ansicht der Fraktion als ein reines Geschäftspräsidium deswegen am ehesten arbeitsfähig war, weil in ihm die beiden stärksten Parteien des Reichstags vertreten wären. Der Entschluß des Herrn Dr. Spaun, aus diesem Präsidium auszuschließen, hat die Sachlage so verändert, daß die national-liberale Partei sich nunmehr außerstande sieht, sich an diesem Präsidium weiterhin zu beteiligen. Darum hat Prinz Schönauich-Carolath abgelehnt, für den frei gewordenen Posten des Präsidenten zu kandidieren.

Und die Fraktion hat Herrn Dr. Paasche ersucht, das Amt des zweiten Vizepräsidenten niederzulegen.

Dieser Beschluß wird wahrscheinlich zur Folge haben, daß bei der morgigen Wahl nur Freisinnige und Sozialdemokraten gewählt werden.

Die „Nationalzeitung“, die Fühlung mit dem Baiermannschen Flügel der national-liberalen Partei hat, schreibt:

Dieser Beschluß der Nationalliberalen wird bei einem großen Teil der Parteifreunde ebenso auf Widerstand stoßen, wie eine Minberheit sich gegen jede Beteiligung an dem Großblatpräsidium ausgesprochen hat. Es wird nicht an Stimmen fehlen, die diesen Ausweg als statistisch nicht zu beschreibenden Schwierigkeiten als Rückzug vor den Konservativen und dem Zentrum bezeichnen, denen es in erster Linie darauf ankommt, die parlamentarische Lage zu vermitteln, um Reichstagsler und Regierung gegen die Linke scharf zu machen und zur Anfechtung an die Rechte zu gewinnen.

## Deutsches Reich.

### Auslieferung des Schutzmanns Gauß.

□ Aus London meldet der Draht: Der deutsche Schutzmann Wilhelm Gauß, dessen Auslieferung von Deutschland wegen Diebstahls nachgesucht worden war, ist an Deutschland ausgeliefert worden. Gauß hatte gegen seine Auslieferung geltend gemacht, daß er keinen Diebstahl begangen habe und in Wirklichkeit von der deutschen Polizei gefaßt werde in Verbindung mit der Wilhelmsbaderer Spionageangelegenheit.

### Sof- und Personalnachrichten.

Eine Tante der Kaiserin schwer erkrankt.

Im St. James Palace in London liegt, wie man von dort meldet, die Prinzessin Victoria von Hohenzollern-Sangerhausen schwer erkrankt. Da die Prinzessin am 27. Januar ihr 80. Lebensjahr vollendet hat, sieht ihr Zustand ihren Angehörigen die größte Besorgnis ein. Die Prinzessin Victoria zu Hohenzollern verband den Titel einer Prinzessin der Königin Viktoria von England, die ihr sehr freundschaftlich gesinnt war. Nach deutschen Rechtsbegriffen hätte sie auf diesen Titel niemals Anspruch. Sie ist eine Tante der deutschen Kaiserin und auch mit vielen anderen regierenden Familien verwandt.

Als Mädchen hieß sie Miß Laura Seymour. Sie war die Tochter des Admirals, und obdient aus dem alten Adelsgeschlechte Seymour lag eine englische Königin, die dritte Frau des Königs Heinrich VIII. herorgegangen ist, konnte Miß Laura Seymour nicht die ebenbürtige Gattin des Prinzen Victor zu Hohenzollern-Sangerhausen, eines Bruders der Mutter der deutschen Kaiserin, werden, sondern mußte sich bei ihrer Vermählung, die am 24. Jan. 1861 zu London vollzogen wurde, mit dem Titel einer Gräfin von Gleditz begnügen, der ihr vom Herzog Ernst II. von Sachsen-Roburg-Gotha, einem Vetter ihres Gemahls, verliehen wurde. Prinz Victor zu Hohenzollern trat in den Dienst der englischen Marine und starb am 31. Dezember 1891 als Admiral und Gouverneur des Schloßes Windsor. Als Stiefmutter der Königin Viktoria wurde er am englischen Hofe mit großer Auszeichnung behandelt. Nach seinem Tode erhielt seine Witwe für sich und ihre Kinder eine Wohnung in dem britischen Krone gehörenden St. James Palace.

Der Kaiser nahm am Sonntag im königlichen Schloße die Vorträge des Staatssekretärs des Reichsministeriums, Großadmirals von Tirpitz, und des Chefs des Marinekabinetts, Admirals von Müller, entgegen. Nachmittags hörte der Kaiser den Vortrag des Reichsanwalters Dr. von Bethmann-Hollweg und später den des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen Geheimen Rats von Valentini.

## Ausland.

### Straßendemonstration in Paris.

8 Aus Paris wird gemeldet:

Die Mitglieder des revolutionären allgemeinen Arbeiterverbandes veranstalteten Sonntag nachmittag die angelegentlichste Straßendemonstration aus Anlaß des Leichenbegängnisses eines in Algier verstorbenen Soldaten der Straßonpagne. Eine große Menge folgte dem Leichzuge, der von einem beträchtlichen Aufgebote von Sicherheitsbeamten begleitet war. Nach der Belegung auf dem Kirchhof Père-Lachaise kam es am Tore zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitsbeamten, die von der Menge mit Pfeifchen und andern Wurfgeschossen demontiert wurden. Zwei Polizeibeamte und ein Wachmehrer wurden verletzt, der letztere schwer. Hierauf zogen die Gemachten Blank und nahmen etwa zwanzig Verhaftungen vor. Der Regen gestreute häufiglich die Manifestanten.

Paris, 12. Febr. Nach dem Polizeiberichte wurden bei den Ruhestörungen 21 Schutzleute verwundet.

### Nikolaus und Viktoria.

Aus Petersburg wird gemeldet:

Zu Ehren des Königs von Montenegro fand im Winterpalais ein Dinner statt, an dem der Kaiser, die Kaiserin und die Kaiserin-Witwe, die Großfürsten und Großfürstinnen, der König und Prinz Peter von Montenegro, der Herzog und die Herzogin Johann Albrecht zu Mecklenburg-Schwerin, die Minister, der deutsche Botschafter und Gemahlin, das Gefolge des Königs von Montenegro und der russische Geladene in Cetinje teilnahmen. Während des Mahles brachten der Zar und der König Trinksprüche aus, in denen die Beziehungen herzlichster Freundschaft und Ergebenheit der beiden Höfe und Völker füreinander ausgesprochen wurden. Bemerkenswert ist, daß der Zar den König Nikolaus versichert, Montenegro könne „wo nötig, auf die Unterstützung Rußlands rechnen“.

### Ueber das französische Stotzenprogramm.

das dem Parlament bereits unterbreitet ist, verlaute noch, daß es sich um eine Mindestforderung handelt, die von der Regierung wahrscheinlich noch überkritten werden wird. Für den Augenblick wird sie allerdings keine weiteren Ansprüche verlangen, da der jetzige bereits 1 390 000 000 Franken vorsteht. Es handelt sich vorläufig nur darum, vom Parlament diese Mindestforderung zu erlangen.

### Manchit.

Die Untersuchung hat ergeben, daß der unter dem Verdachte des Diebstahls und der Spionage in Vorrat verhaftete Italiener Albertini ein gefährlicher Anarchist ist. Es war ihm gelungen, sich bei einem Marineleutnant als Arbeiter zu verdingen; er war als solcher im Arsenal bei dem Bau eines elektrischen Krans beschäftigt. Man glaubt, daß Albertini dabeist ein anarchistisches Anschlag geplant hat. Durch die in seiner Bewahrung vorgenommene Untersuchung soll festgestellt werden sein, daß die schwerfälligen und die deutschen Polizeibehörden seit längerer Zeit nicht ihm laßten.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 12. Februar.

### Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 12. Februar.

Am Vorabendlich die Herren Geheimrat Schmidt-Rimpler, Justizrat Pöhring, Kaufmann Probst und Rentler Knahe.

Gingänge liegen nicht vor.

1. Der Pächter des Stadttheater-Restaurants, Herr Sengel, hat wegen eines Augenleidens beantragt, ihn im März 1912 aus dem Pachtvertrage zu entlassen und Herrn Richard Tischler in Post 1. L. in den Vertrag einzutreten zu lassen. Der Magistrat hat diesen Antrag genehmigt. Die Versammlung stimmt ihm zu. (Ref. Herr St. J. a. u. d.)

2. Die Versammlung beschließt, daß die Turnhalle auf dem Kohleberge zur Benutzung als Schanzenlokal während der im Jahre 1912 stattfindenden Arm- und Viehmärkte an die Herr. Frau Meta Thurm hier für den Mietzins von 1860 Mark vermietet wird. Im Vorjahre wurden 1810 Mark Miets bezahlt. (Ref. Herr St. Blumen-tritt.)

3. Wie die Referenten Herren Stov. Steinbrück und Mich. e. ausführen, beantragt die Deputation für den Zoologischen Garten:

1. den Pachtvertrag mit der Aktiengesellschaft Zoologischer Garten in folgenden Punkten abzuändern bezug auf den Pachtzins: 1. Der Pachtzins wird vom 1. April ab zu ermäßigten fünf Jahre auf 20 000 Mark für das Jahr festgelegt. 2. Der Haushaltsplan der Aktiengesellschaft ist vor Beginn jedes Geschäftsjahres vom Magistrat zu genehmigen. 3. Die Jahresrechnung ist dem Magistrat zur Nachprüfung vorzulegen. 4. Die Aufnahme von Anleihen bedarf der Genehmigung des Magistrats. 5. Der Aufsichtsrat hat in jedem Monat mindestens eine Sitzung abzuhalten hat in jedem Sitzung ist dem Magistrat eine Protokollabschrift vorzulegen. 6. Die drei in den Aufsichtsrat aufzunehmenden Mitglieder der beiden hiesigen Körperschaften sind aus Mitgliedern der Deputation für den Zoologischen Garten zu wählen. 7. Die Deputation in ihrer Gesamtheit ist zu jeder Aufsichtsratsitzung einzuladen, in welcher Etatsfragen beraten werden. 8. Dem Magistrat steht das Recht zu, gegen die Beschlüsse des Aufsichtsrates innerhalb einer Woche nach Bestimmung des Aufsichtsrates Widerspruch einzulegen. Im Falle des Widerspruches muß die Ausführung des Beschlusses des Aufsichtsrates unterbleiben. 9. Die Aktiengesellschaft verpflichtet sich ferner, 8 bis 10 Ziffer 4 des Geschäftsstatutes dahin abzuändern: Der Vorstand bedarf der Genehmigung des Aufsichtsrates zu Reparaturen, welche im einzelnen Falle 500 Mark übersteigen, und zu Neuanlagen im Wert von über 50 Mark. Tierankaufe, welche im einzelnen Falle 1000 Mark übersteigen, sind vom Aufsichtsrat zu genehmigen. In besonders dringenden Fällen hat sich bei Tierankäufen, die mehr als 1000 Mark erfordern, der Vorstand an den Vorstehenden des Aufsichtsrates bezug seinen Stellvertreter im Behinderungsfalle, zwecks Genehmigung innerhalb des Monats des Etats zu wenden. 10. Das der Aktiengesellschaft mit verpagtete Kleininventar der Restauration ist von der Gesellschaft am 1. April 1912 zum Schätzwert zu übernehmen mit der Maßgabe, daß dasselbe bei Beendigung der Pacht zum Schätzwert zurückzugewähren ist. (SS 587, 588, 589 B. G. B.) 11. Um Gewähr für die Erfüllung der vorstehenden Verpflichtungen zu haben, bleibt dem Magistrat das Recht vorbehalten, die unter 1 aufgeführte Pachtvergütung für jedes kommende Jahr zu widerrufen. Im Falle des Widerrufs verbleibt es für das Geschäftsjahr, für das der Widerruf ausgesprochen ist, bei dem bisherigen Pachtzins.

II. soweit Sparkassenüberschüsse zur Verfügung stehen, der Aktiengesellschaft jährlich 5 000 Mark für Tierankäufe zu überweisen.

2. Der Magistrat tritt diesem Antrage bei, schränkt jedoch die Position zu I 1 dahin ein: Der Pachtzins wird vom 1. April 1912 ab für die nächsten drei Jahre auf 20 000 Mark für das Jahr festgelegt.

Position II 2 soll die Fassung erhalten: Der Haushaltsplan der Aktiengesellschaft Zoologischer Garten bedarf vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres der Genehmigung des Magistrats.

Zur Begründung wird in der Vorlage ausgeführt: Ueber hat sich der Zoologische Garten in den drei Jahren, die seit dem Anfaue durch die Stadtgemeinde verlossen sind, wirtschaftlich nicht in dem Maße gehoben, wie es bei dem Anfaue erhofft wurde. Die Gründe hierzu liegen einerseits darin, daß in dem Rückgange der Einnahmen aus Zageraten und Jahresabonnements im Zoologischen Garten ein Stillstand noch nicht eingetreten ist, während andererseits die Ausgaben für Reparaturen und für Löhne naturgemäß sich in aufsteigender Richtung bewegen.

Zunächst war beabsichtigt, lediglich die Weitergewährung des bisherigen Pachtzuschusses von jährlich 7000 Mark vorzuschlagen. Bei gründlicher Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Zoologischen Gartens ist der Magistrat jedoch zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Garten für einige Jahre noch einer erhöhten Unterstützung bedarf. Die Höhe der Unterstützung findet ihre Unterlage in dem vorliegenden Etatsentwurf der Gesellschaft für das Jahr 1912 und dessen Begründung. Die erhöhte Unterstützung macht einen erhöhten Einfluß der hiesigen Verwaltung auf die Verwaltung der Gesellschaft erforderlich. Die Gewährung der erhöhten Unterstützung ist daher an die Bedingung geknüpft worden, daß dem Magistrat ein unbedingtes Vetorecht gegen alle Beschlüsse des Aufsichtsrates eingeräumt wird, daß die Vollmacht des Vorstandes wesentlich eingeschränkt wird und daß der Magistrat der Genehmigung des Magistrats bedarf. Ferner soll der Einfluß der hiesigen Verwaltungs-Deputation auf die Verwaltungsorgane der Gesellschaft vergrößert werden.

Durch die Neue Bestimmung betr. Verpagtete des Kleinentars nach Tage wird vermieden, daß die Stadt sich mit dem Gehalt der in Waage gekommenen Inrentarstücke zu befassen hätte (§ 588 B. G. B.), was bei dem in Frage stehenden Kleininventar unpraktisch und unrentabel sein würde.

Die Herren Stov. Steinbrück und Mich. e. bestreiten, was die Herren Magistratsmitglieder und betonen, daß es sich um ein gemeinnütziges Institut handelt. Sie weisen auch darauf hin, daß sich vielleicht von dem Landwirtschaftsminister und dem Kultusminister eben wegen des gemeinnützigsten Charakters des Unternehmens Zuschüsse erlangen lassen. Auch das geologische Institut hat ein Interesse an dem Garten und würde wohl ein solches Gesuch beifürworten. Die Mehrausgaben für den Garten seien im übrigen gegen die Verschulden der Aktiengesellschaft entfallend. Es seien höhere Kosten für Futtermittel usw. aufzubringen gewesen.

Herr Stov. Springer gibt referenzielle Nachweise darüber, daß das von der Stadt aufgewandte Kapital von 1 200 000 Mark sich nur mit 0,7 Prozent verzinst.

Herr Stov. Beuch beantragt, die Deputation möge erwägen, ob nicht ein noch stärkerer Pachtzuschlag sich empfehlen würde; er wünscht er höhere Mittel aus dem Spartausschüssen abgezweigt zu sehen, um ein praktisches Raubtierhaus zu bauen, den Tierbestand zu vermehren und die Zöbne der Wärdter aufzubessern.

Herr Stov. Knahe meint, daß man mit 9000 Mark Pachtzuschlag der A. G. Zoologischer Garten nicht auf die Beine hilft. Mit den verarmten Tieren könne man nichts anfangen. Man müßte ernstlich erwägen, wie das Unternehmen zur besseren Geltung gebracht werden könne. Was um denn die Aktionäre gegenüber den Wärdern, die die Stadt macht? Nichts. Sie wollen nicht auf Freiabonnements verzichten. Ich vermüße die Verwaltung der Gesellschaft, Propositionen zu machen, daß sie ihren Eintritt, wenigstens zum Teil, bezahlen lassen. Ich tiege auf dem Standpunkt des Herrn Emmer, daß es keinen Zweck hat, in der bisherigen Weise fortzuwirken.







